



### Presseschau vom 19.04.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Vormittags:

De.sputniknews.com: Medien melden IS-Angriff mit Senfgas auf US-Militärs im Irak  
Die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) hat am Sonntag eine irakische Militärbasis, wo sich auch Militärexperten aus den USA und Australien befunden haben sollen, mit dem Giftgas Iprit, auch als Senfgas bekannt, angegriffen. Dies meldet der TV-Sender CBS am Mittwoch.

Wie Brigadegeneral Yahya Rasul gegenüber der Agentur AP sagte, mussten sechs irakische Soldaten nach der angeblichen Giftgas-Attacke wegen Atemproblemen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Laut CBS sollen 25 irakische Soldaten medizinische Hilfe in Anspruch genommen haben. Kein einziger US-Militärexperte aber sei zu Schaden gekommen.

Australiens Premier Malcolm Turnbull hat laut dem TV-Sender ABC am Mittwoch bestätigt, dass australische Soldaten nicht verletzt worden seien. Ferner teilte der Sender mit, dass das Pentagon über den mutmaßlichen Giftgasangriff im Irak benachrichtigt worden sei. Gegenwärtig werde zu dem Vorfall ermittelt.

Seit Anfang März soll der IS allein im irakischen Mossul mindestens sechs C-Waffen-Attacken begangen haben. Der jüngste Chlor-Angriff soll sich am Dienstag in einem historischen Bezirk des westlichen Teils von Mossul ereignet haben. Dabei seien auch Zivilisten verletzt worden.

Das irakische Militär hat im Zuge der seit Oktober 2016 zusammen mit der US-führten Anti-Terror-Koalition unternommenen Militäroperation den östlichen Teil der Stadt Mossul, die seit 2014 vom IS besetzt war, vollständig befreit. Nur der westliche Teil der Stadt befindet sich noch immer unter der Kontrolle des IS.

Ukrinform: Die russische Seite sei an der Herstellung des Friedens im Osten der Ukraine nicht interessiert und sie wolle die Kontrolle ausüben. Daher solle der Frieden durch Gewalt und nicht durch die Beschwichtigung des Aggressors erreicht werden, erklärte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, in seiner Rede in Chatham House in London zum Thema: „Kampf um die Ukraine: Führung und Solidarität gegen den Aggressor“, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wir haben keinen Frieden aus einem einzigen Grund - die Russen sind an der Herstellung des Friedens nicht interessiert. Sie sind an der Ausübung der Kontrolle interessiert“, sagte der Präsident.

Poroschenko stellte fest, er habe dies erneut gespürt, als er an diesem Montag zusammen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Francois Hollande ein Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im „Normandie-Format“ hatte.

„Es war noch eine Demonstration der leeren Versprechungen Moskaus. Es war noch eine Demonstration ihrer Einstellung: „Wenn ihr Frieden wollt, könnt ihr ihn haben, aber nur zu unseren Bedingungen“. Keine Kompromisse. Einfach Macht der Gewalt. Und dies beweist noch einmal, dass wir keinen anderen Weg haben, als den Frieden durch Gewalt zu finden, und nicht durch Beschwichtigung“, sagte der ukrainische Präsident.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Krymskoje wurde das Gebiet von **Frunse** mit Granatwerfern beschossen.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feuereinstellung **36 Mal** verletzt. Bei den Beschüssen wurden Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Nach den eingegangenen Informationen wurden in den letzten 24 Stunden **14 Ortschaften der Republik** beschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Ukrinform: Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat dem Antrag der Ukraine für die Verhängung von vorläufigen Maßnahmen gegen Russland betreffend des Übereinkommens über das Verbot der Finanzierung des Terrorismus nicht stattgegeben.

Dies geht aus der Entscheidung hervor, die der Präsident des Gerichtshofs Ronny Abraham verkündet hat, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„In dieser Etappe der Behandlung des Falles hat die Ukraine nicht die Beweise vorgelegt, die die Plausibilität der Elemente des Falles sachgemäß zeigen. So ist das Gericht zum Beschluss gekommen, dass die Bedingungen, die für die Bestimmung von zusätzlichen Maßnahmen in Bezug auf die Menschenrechte, die in der Ukraine nach dem Übereinkommen über die Finanzierung des Terrorismus verletzt werden, notwendig sind, den Anforderungen nicht entsprechen“, sagte der Präsident des Gerichtshofs.

Es wurde auch festgestellt, dass die vorsätzliche Sammlung von Mitteln nicht bewiesen ist.

Wie berichtet wurde, verkündet heute der Internationale Gerichtshof in Den Haag die erste Entscheidung im Prozess der Klage der Ukraine gegen die Russische Föderation.

De.sputniknews.com: Russland und Nordkorea eröffnen Fährverbindung

Moskau und Pjöngjang eröffnen bald den Fähr- und Lastverkehr zwischen dem fernöstlichen Wladiwostok und Rasön im Nordosten Nordkoreas, wie die japanische Zeitung „Nikkei“ unter Berufung auf den Generaldirektor von InvestStrojTrest Wladimir Baranow berichtet. Demnach wird das nordkoreanische Fährschiff Man Gyong Bong-92 sechs Mal pro Monat zwischen den zwei Häfen verkehren. Die ersten Frachtschiffe sollen diese Strecke am 8. Mai zurücklegen.

Nach Informationen der Zeitung fuhr die Man Gyong Bong-92 früher zwischen Nordkorea und Japan. Bis 2006 lief das Schiff den Hafen Niigata an. Nach den nordkoreanischen Raketentests verbot die japanische Regierung jedoch jeden Fährverkehr mit Nordkorea.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31540/29/315402946.jpg>

Dan-news.info: „Am 9. Mai wird in Donezk eine Festparade stattfinden, auf der sowohl Militärtechnik aus der DVR als auch der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs gezeigt wird“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Weitere Einzelheiten der Vorbereitung zur Parade wurden bisher nicht bekannt gegeben.

**nachmittags**

De.sputniknews.com: Medwedew: Giftgasangriff von Idlib war Provokation – auch zugunsten der USA

Russlands Premierminister Dmitri Medwedew hat die Giftgasattacke in der syrischen Provinz Idlib von Anfang April als große und gut geplante Provokation bezeichnet, die auch der US-

Administration in die Hände spielte. Der US-Angriff auf die syrische Basis Schairat trage keineswegs zur Regelung der Syrien-Krise bei.

„Alles, was in letzter Zeit in Syrien geschah, einschließlich des US-Militärangriffs, trägt keineswegs zur Regelung der Situation bei“, so Medwedew bei am Mittwoch seinem Auftritt vor der Staatsduma. „Was ist in dieser Provinz Idlib passiert? Es ist absolut offensichtlich, dass es eine große und gut durchdachte Provokation war, die ihre Früchte auch für die US-Administration hervorbrachte.“

Was sich da in Wirklichkeit befunden habe, ob ein Chemiewaffenlager oder das alles gar völlig ausgedacht und imitiert worden sei, müsse nun eine kompetente Kommission untersuchen, so Medwedew. „Unsere Aufgabe ist es, alles zu unternehmen, damit diese Kommission ihre Ermittlung durchführen kann.“

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte zuvor mitgeteilt, dass es immer mehr Hinweise darauf gebe, dass die Giftgasattacke in syrischem Idlib inszeniert worden sei...

Rusvesna.su: Der Sicherheitsdienst von Kernes schaffte einen antifaschistischen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal des Rats der Stadt (Charkow – Anm. d. Übers.) Der seines Abgeordnetenmandats für den Charkower Stadtrat beraubte Andrej Lesik wurde am Mittwoch aus dem Sitzungssaal getragen.

Lesik kam am Mittwoch zur Sitzung des Stadtrates und versuchte, auf das Podium zu gelangen und das Wort zu ergreifen.

Der Bürgermeister der Stadt Gennadij Kernes seinerseits weigerte sich, für Lesik das Mikrophon einzuschalten und ließ den Mann vom Sicherheitsdienst aus dem Sitzungssaal entfernen.

Lesik erklärte später, man habe ihm dabei das Bein ausgerenkt.

Im Jahr 2016 war Lesik, der in den Charkower Stadtrat über die Liste der Partei „Widroschdena“ gewählt worden war, am 09. Mai mit einem Georgband zur Gedenkstätte des Ruhmes gekommen.

Danach hatten seine Kollegen für die sofortige Aberkennung des Mandats gestimmt.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/KfDirPfwCSc" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/KfDirPfwCSc>



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/lesik\\_1.jpg?itok=haEX6Nro](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/lesik_1.jpg?itok=haEX6Nro)

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **36 Mal** verletzt. Das Territorium der Republik wurde mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Von der Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte wurden 49 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf die Gebiete von Sosnowskoje und Sachanka abgeschossen.

Außerdem hat der Gegner folgende Ortschaften aktiv mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen: **Sajzewo, Shelesnaja Balka, Spartak**, Krutaja Balka, Jasinowataja, Wesjoloje, Dokutschajewsk, Kominternowo, Leninskoje, Sosnowskoje, Nikolajewka, Oktjabrj, den Flughafen und den Petrowskij-Bezirk von Donezk. Die ukrainische Führung setzt ihren Kurs auf eine Destabilisierung der Lage im Donbass fort. Die nicht endenden Artilleriebeschüsse des Territoriums der Republik, auf die wir schon mehrfach die Aufmerksamkeit gelenkt haben, sind dafür eine klare Bestätigung.

Von unserer Aufklärung wurden Fälle von Verstärkung der Truppengruppierungen des Gegners entlang der Kontaktlinie festgestellt, darunter auch die Stationierung von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in zivilen Industrie- und Infrastrukturobjekten. So wurde auf dem Territorium der Awdejewker Kokerei die Stationierung von Einheiten ukrainischer Soldaten entdeckt. Die Zufahrtswege zu den Stationierungsorten sind in technischer Hinsicht befestigt und vermint. Dies stellt eine potentielle Gefahr für friedliche Bürger dar.

Uns ist nicht klar, wie die militärisch-politische Führung der Ukraine auf dem Hintergrund einer weiteren Erklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine über die Absicht, mehr als 20 Panzer in die sogenannte „ATO“-Zone zu schicken und weiter Panzergruppierungen an der Kontaktlinie zu konzentrieren, vorhat, ihren Verpflichtungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass nachzukommen.

Was ist das anderes als Terror gegen die Zivilbevölkerung von Seiten der Ukraine? Wie viele friedliche Einwohner des Donbass sind bereits von den Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte getötet worden? Wie viele werden noch wegen der Minen an zivilen Objekten sterben? Ohne davon zu sprechen, zu welcher Tragödie zufällige Detonationen wegen unrichtigen Umgangs mit Waffen und Munition in einem solchen Objekt wie der Awdejewker Kokerei, wo gefährliche chemische Stoffe gelagert sind, führen können.

Die Abteilungen der Volksmiliz befinden sich ständig in Gefechtsbereitschaft. In den Einheiten werden Übungen zur Feuerleitung von Artillerie und zur Artilleriebekämpfung sowie zur Bekämpfung von Diversions- und Erkundungsgruppen und terroristischen Gefahren durchgeführt.

De.sputniknews.com: Sanktionen aussichtslos! – Kreml sagt, wie mit Nordkorea umgegangen werden muss

Russland betrachtet einen Sanktionsdialog mit Nordkorea laut Kremlsprecher Dmitri Peskow als perspektivlos und ruft alle Länder zu mehr Besonnenheit auf.

„Russland hat einen Sanktionsdialog nie befürwortet. Wir halten ihn für einen irrationalen und perspektivlosen Ansatz“, so Peskow. Natürlich müsse man einen gewissen internationalen Einfluss ausüben, um alle Seiten zu Zurückhaltung, Besonnenheit und Vernunft zu bewegen in einer Situation, die jederzeit zu unerwarteten Zuspitzungen führen könne.

„Aber wir sorgen uns stets darum, dass es sich dabei um das Land handelt, das unmittelbar vor unseren Grenzen im Osten liegt“, betonte Peskow. Der Kreml befürworte darum weiterhin die Fortsetzung der politisch-diplomatischen Bemühungen im internationalen Format.

Die Lage auf der koreanischen Halbinsel hatte sich weiter zugespitzt, nachdem die USA einen Schiffsverband unter Führung des Flugzeugträgers „Carl Vinson“ in die Region entsandt hatten. Nordkorea verweist darauf, dass die USA eine gefährliche Situation in der Region geschaffen haben, „bei der jederzeit ein Atomkrieg beginnen könnte“. Beide Länder werden weltweit zur Besonnenheit aufgefordert.

2016 hatte Nordkorea einen Nukleartest und rund 20 Raketentests durchgeführt. Im Februar 2016 erfolgte der Start einer Trägerrakete mit einem Satelliten in den erdnahen Raum. Der UN-Sicherheitsrat hat seit 2006 Resolutionen in Bezug auf das Land verabschiedet, um es dazu zu veranlassen, auf Raketen- und Nuklearentwicklungen zu verzichten. Die nordkoreanische Staatsführung weist die Forderungen der Weltgemeinschaft zurück, indem sie auf die Bedrohung seitens Washingtons verweist.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31540/73/315407323.jpg>

De.sputniknews.com: USA bekämpfen nicht Terroristen, sondern syrisches Regime – Medwedew

Die USA bekämpfen in Syrien aus Sicht des russischen Premierministers, Dmitri Medwedew, nicht die Terroristen, sondern die politische Macht.

Während des Wahlkampfes habe die US-Seite noch aktiv zum Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (auch IS, Daesh) aufgerufen.

„Sie (die Amerikaner – Anm. d. Red.) haben davon gesprochen, dass es nicht wichtig sei, welches Regime es in Syrien geben werde“, sagte Medwedew am Mittwoch. Die USA hätten hingegen die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Terroristen unterstrichen.

„Und was sehen wir jetzt? Der erste Schritt, den die US-Administration in Bezug auf Syrien unternommen hat, war ein Schlag gegen die Regierungstruppen. Das bedeutet, dass nicht gegen die Terroristen, sondern gegen die politische Macht Syriens gekämpft wird.“

Eine weitere Eskalation des Konfliktes könnte laut Medwedew zur Zerstörung des syrischen Staates sowie zu einem teilweisen Sieg der Terroristen führen.

„Das widerspricht unseren Plänen grundsätzlich“, betonte er. Russlands Außenministerium werde selbstverständlich unter Leitung des Präsidenten seine Arbeit in dieser Richtung fortsetzen, versicherte der russische Regierungschef...

Dan-news.info: Soldaten der DVR haben gemeinsam mit dem Hilfsfonds „Keinen Schritt zurück“ im Dorf Pantelejmonowka zwischen Gorlowka und Makejewka einen Kinderspiel- und sportplatz geliefert und eingerichtet. Dies teilte der Pressedienst des operativen Kommandos der DVR mit...



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/04/photo\\_2017-04-19\\_11-24-28.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/04/photo_2017-04-19_11-24-28.jpg)

De.sputniknews.com: Facebook-Provokation: Offizielle Webseite russischer Botschaft in Slowakei blockiert

Facebook hat die offizielle Webseite der russischen Botschaft in der Slowakei blockiert. Dabei blieb die falsche Seite, die Fake-News über Russland verbreitet, unversehrt, wie russische Medien unter Berufung auf den Botschaftsvertreter Nikolaj Lewschunow am Mittwoch mitteilte.

„Unsere Seite auf Facebook, die hauptsächlich auf Slowakisch geschrieben ist, wurde provisorisch blockiert. Eine völlige Löschung steht in Sicht“, sagte Lewschunow. „Der Grund ist uns nicht bekannt. Inzwischen funktioniert auf Facebook die vor Kurzem geschaffene Fake-Seite unserer Botschaft“.

Nach der Blockierung der echten Seite lade die falsche Seite nun in die „Sowjetische Botschaft in der Tschechoslowakei“ ein.

Russlands Botschaft in der Slowakei rechnet laut ihrem Vertreter damit, dass die Administration von Facebook die Situation bald kläre und die Seite freischalte.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Es gehen Informationen ein, dass **Freiwilligenbataillone**, die im Donbass eingetroffen sind, zum Ziel haben die friedliche **Bevölkerung zu töten und zu berauben**. Unter den rechtswidrigen Aktivitäten der Nationalisten leiden sogar schon **internationale Organisationen**. So wurde in Rubeshnoje ein Büro des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ausgeraubt.

Vertreter des Innenministeriums der Ukraine ertappten den Verbrecher auf frischer Tat, aber nach der Aufnahme der Personaldaten wurde er sofort freigelassen und die Sache ist gestoppt, weil er ein Soldat einer der Strafbataillone ist.

Es werden weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte aufgedeckt.

So führt nach Angaben unserer Aufklärung das Kommando der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine administrative Untersuchung zu einer Schussverletzung eines Soldaten in einer der Einheiten der Brigade in Krymskoje durch.

Der Soldat wurde in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe im Zustand starker Alkoholisierung verletzt. Der Fall wird wie gewöhnlich sorgfältig vor dem übergeordneten

Kommando verheimlicht.

Die Kiewer Truppen bereiten mit Falschmeldungen über angeblich stattgefunden Beschüsse der Positionen der ukrainischen Streitkräfte von Seiten der Volksmiliz den Boden für ein weiteres Scheitern der Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja.

Wir waren bereits mehrfach Zeugen solcher „Beschüsse“. Schon seit langer Zeit berichtet die ukrainische Seite über unklare Beschüsse, die weder Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung noch Vertreter der OSZE-Mission registrieren.

Wir haben die Kräfte und Mittel vor kurzem bei Staniza Luganskaja nicht abgezogen, weil die Volksmiliz angeblich Positionen der ukrainischen Streitkräfte beschossen hat. Im heutigen Bericht der OSZE-Mission – und für die Volksmiliz ist dies entsprechend den Minsker Vereinbarungen das grundlegende Dokument, wo es heißt, dass zu Beginn der Trennung der Kräfte ein verifizierende Erklärung der OSZE-Mission über die Einhaltung „Regimes der Ruhe“ in den letzten sieben Tagen steht – gab es diese Bedingung bei uns. Aber die ukrainische Seite hat wieder erklärt, dass wir sie „beschossen“ haben.

Ich denke, dass diesem „Beschuss“ auch vom Bericht der OSZE-Mission widersprochen werden wird. Die Ukraine zeigt ein weiteres Mal, dass sie einfach ihre Kräfte und Mittel im Gebiet von Staniza Luganskaja nicht abziehen will.

Ukrinform: Der Verteidigungsminister der Ukraine, Stepan Poltorak, habe während des gestrigen Treffens mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Nato, Paolo Alli, die Sicherheitslage in der Ukraine sowie den Verlauf der Reform des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte der Ukraine erörtert, teilte der Pressedienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums mit.

„Die Reform der Streitkräfte während der Kämpfe ist schwierig, solche Erfahrung hat sonst niemand, aber ich habe keinen Zweifel daran, dass wir es schaffen“, sagte Poltorak.

De.sputniknews.com: Internationale Terrormilizen rekrutieren zunehmend im Kaukasus – FSB-Chef

Fast 2700 russische Staatsbürger aus den Nordkaukasus-Republiken kämpfen derzeit in Syrien und dem Irak an der Seite von internationalen Terrororganisationen und es werden immer mehr, wie FSB-Chef Nikolai Patruschew am Mittwoch mitteilte. Schuld am Anwachsen des Terrorismus in der Welt sind seiner Ansicht nach die USA.

Im Nordkaukasus werden von Ermittlern immer neue Versuche aufgedeckt, autonome, konspirative und unabhängige Terrorzellen zu bilden, so Patruschew. Ziel dieser Zellen sei es, sogenannte Resonanzanschläge zu organisieren. Derzeit würden besonders Söldner aktiv angeworben, hieß es. Dazu trage auch die Tätigkeit religiöser Missionäre aus Zentralasien bei, die einen radikalen Islam predigen.

Während laut Patruschew fast 2700 russische Staatsbürger aus den Nordkaukasus-Republiken in Syrien und dem Irak an Seite der internationalen Terrororganisationen kämpfte, seien etwa 70 Personen für die Rekrutierung verantwortlich.

Schuld am Anwachsen des Terrorismus in der Welt sind laut Patruschew aber die USA: Er habe sich wegen der Doppelstandards der USA und deren engsten Verbündeten ausgebreitet, ebenso das Ausmaß von ethnischen und religiösen Konflikten.

Zuvor war berichtet worden, dass im Januar mehr als 60 Zugehörige des mit der Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) verbundenen Untergrundes in Russlands Teilrepublik Tschetschenien festgenommen worden waren. Die Extremisten hatten Medienberichten zufolge Waffen eingekauft und gelagert, Terroranschläge auf dem Territorium des Nordkaukasus-Bezirks vorbereitet und junge Leute für den IS angeworben.

Lug-info.com: Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der LVR und des Projekts „Kaderreserve“ der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ haben ein Arbeitstreffen zum Thema „Beschäftigung von Jugendlichen in Staatsorganen der LVR: Realität und Perspektiven“ durchgeführt.

Die stellvertretende Sozialministerin der Republik Olga Gontarewa berichtete über die Besonderheiten der Arbeit in einer Behörde, grundlegenden Richtungen der Aktivität des Sozialministeriums und merkte an, dass das Ministerium einer der größten ausführenden Organe der Staatsmacht in der LVR ist.

„Es werden zurzeit organisatorische und technische Schritte zur Änderung der rechtlich-normativen Basis unternommen, die für Sie „berufliche Schleusen“ öffnen werden“, sagte der Leiter der Abteilung für Fragen der Personalgewinnung im Staatsdienst des Sozialministeriums Oleg Sidorenko zu den Studierenden.

Er merkte an, dass wenn die Veränderungen in der Gesetzgebung angenommen werden, die Jugend die Möglichkeit haben wird „eine Reihe von Momenten“ zu umgehen, die dafür festgelegt wurden, dass der Staatsdienst mit erfahrenen Mitarbeitern aufgefüllt wird.

„Am 7. April hat das Oberhaupt der LVR sehr deutlich auf die Arbeit mit der Jugend und die Realisierung der Jugendpolitik hingewiesen. Außerdem hat er am 10. April seine Position auf Versammlungen mit Leitern von Stadt- und Bezirksverwaltungen deutlich gemacht“, erinnerte Sidorenko.

„Die Frage der Beschäftigung von jungen Leuten befindet sich unter ständiger Kontrolle unseres Ministeriums – des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Sozialversicherungsfonds bei Arbeitslosigkeit der LVR Julija Bondarenko.

„Und derzeit steht die Frage eine Quotierung von Arbeitsplätzen für junge Leute“, fügte sie hinzu....

De.sputniknews.com: Trump schätzt Chancen für Atomkrieg gegen Nordkorea ein  
Die USA haben laut Donald Trump Grund zur Besorgnis, was einen möglichen Atomkrieg zwischen den USA und Nordkorea betrifft. Dies sagte der US-Präsident in einem Interview mit dem TV-Sender TMJ4 während seiner Reise in den Bundesstaat Wisconsin.

„Sorgen muss man immer haben, wenn man nicht weiß, mit wem man es zu tun hat“, sagte Trump in Bezug auf einen potentiellen Atomkrieg gegen Nordkorea. Dabei verwies er auf sein jüngstes Treffen mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping, bei dem er eigenen Angaben nach Vieles erfahren habe. China habe Trump zufolge großen Einfluss auf Nordkorea. „Wir werden sehen, was passiert. Die Situation ist sehr kompliziert“, sagte Trump.

Dabei schob er einen Teil der Verantwortung für die heutige Lage den früheren US-Präsidenten zu. „Damit hätte sich Obama beschäftigen sollen. Auch die früheren Präsidenten bis hin zu Clinton hätten das tun sollen. Sie haben das aber einfach hingezogen“.

Die früheren Vereinbarungen zwischen Washington und Pjöngjang seien äußerst ungünstig für die USA gewesen. „Nun bin ich in eine Lage geraten, in der er (Nordkoreas Staatschef – Anm. d. Red.) über Atomwaffen verfügt“, sagte Trump. „Und wir müssen etwas dagegen unternehmen. Ich hoffe, dass er Frieden will. Wir wollen Frieden. Im Endeffekt wird alles davon abhängen. Wir müssen nun aber abwarten und die Geschehnisse beobachten“.

Die Situation auf der Koreanischen Halbinsel hat sich Anfang des Vorjahres verschärft, als Pjöngjang ein Atomwaffentest durchgeführt und eine ballistische Rakete mit einem künstlichen Erdsatelliten abgefeuert hat. Im September 2016 testete Nordkorea wieder eine Atombombe. Innerhalb eines Jahres unternahm das Land mehr als 20 Raketenstarts.

De.sputniknews.com: Das russische IT-Unternehmen Yandex bietet in seinem Übersetzungsdienst eine Vielzahl seltener Sprachen an. Einige davon sind sogar vom Aussterben bedroht. Was dabei entsteht, ist wahrlich eine einzigartige linguistische Kollektion

von großer kultureller Bedeutung.

Während der Google-Übersetzer seinen Dienst in mehr als einhundert Sprachen anbietet, hat sein russischer Konkurrent 94 verschiedene Sprachen im Angebot. Was Google jedoch nicht bietet, sind wirklich seltene Sprachen. Da punktet Yandex beispielsweise mit der Fantasiesprache von J. R. R. Tolkien – Elbisch.

Um einige vom Aussterben bedrohte Sprachen am Leben zu erhalten, arbeitet die russische Firma mit Linguisten zusammen. Laut Unesco gibt es fast 2.500 Sprachen in dieser Kategorie. Jede tote Sprache bedeutet dabei einen Verlust von unschätzbarem Kulturerbe. Yandex hat seinen Übersetzungsdienst im Jahr 2011 gestartet. Damals beherrschte dieser gerade mal drei Sprachen: Russisch, Ukrainisch und Englisch. Mittlerweile ist er aber zu einem echten Polyglott geworden, wie das Unternehmen selbst erläutert, und das nicht nur wegen der vielen Sprachen, die das Tool seit seiner „Geburt“ gelernt hat. Der Yandex-Übersetzer beherrscht beispielsweise auch Papiamentu – eine Kreolsprache mit weniger als 300.000 Sprechern, die im Süden der Karibik zu hören ist.

Wie Yandex-Spezialisten erläutern, ist es eine schwierige Aufgabe für das System der maschinellen Übersetzung, eine seltene Sprache zu erlernen. Im Internet gebe es einfach zu wenig Texte, die dafür geeignet wären. Der Yandex-Übersetzer ist aber ein kluges Köpfchen. Laut seinen Entwicklern nutzt der Dienst bereits vorhandene Kenntnisse, um sich neue Sprachen anzueignen....

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa

Ich bin äußerst entsetzt über die zynischen Erklärungen einzelner Vertreter der ukrainischen Seite, die auf die Diskreditierung der Arbeit der gesamten humanitären Untergruppe in Minsk abzielen. Vielleicht verstehen einzelne Vertreter des offiziellen Kiew nicht das Wesen der Vereinbarungen, die beim letzten Treffen der humanitären Untergruppe erreicht wurden, und halten eine Einfügung von Änderungen in einseitiger Weise für möglich.

Ich erinnere daran, dass am 12. April eine Vereinbarung über die Durchführung der Verifikation von festgehaltenen Personen durch eine Gruppe von Verwandten der Verurteilten gemeinsam mit Vertretern des Sicherheitsdienstes der Ukraine und unter Teilnahme des Büros der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der Ukraine Walerija Lutkowskaja erreicht wurde. Ich meine, dass dies ein großer Durchbruch in den Verhandlungen ist, auf den die Durchführung des lang erwarteten Austauschs folgen wird. Aber offizielle Persönlichkeiten Kiews ignorieren alle Entscheidungen, die in Minsk getroffen wurden, und fügen selbständig im letzten Moment Änderungen bei der Zusammensetzung der Gruppe zur Durchführung der Verifikationen durch.

Ich habe mehrfach davon gesprochen, dass die ukrainische Seite in jeglicher Weise die Durchführung eines Austauschs verzögert und die Realisierung der Minsker Vereinbarungen behindert. Einseitige Handlungen der Vertreter der Ukraine bestätigen nur ein weiteres Mal den Zynismus aller Anstrengungen der ukrainischen Seite, die nicht auf die Freilassung aller Geiseln, über die sich die ukrainische Seite angeblich beunruhigt, abzielen, sondern nur auf die Schaffung von zusätzlichen Hindernissen und von Lärm um diesen Prozess.

Ich unterstreiche, dass keinerlei provokativen Erklärungen einzelner Verhandlungsteilnehmer der Ukraine zu einer Störung für die Durchführung der Verifikation der festgehaltenen Personen werden. Ich hoffe, dass den Aktivitäten der Vertreter Kiews eine entsprechende rechtliche Bewertung von Seiten des Koordinators der humanitären Untergruppe und der gesamten Weltgemeinschaft zuteil wird.

Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa

Zuvor hatte heute die stellvertretende Sprecherin der Obersten Rada der Ukraine, die Vertreterin der ukrainischen Seite in der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe Irina Geraschtschenko erklärt, dass sich die DVR dem Beginn des Prozesses zur Verifikation der Absicht von Kriegsgefangenen, die Abgrenzungslinie nicht zu überschreiten, verweigere. (Es geht darum, festzustellen, ob Aussagen von Gefangenen, dass sie nicht ausgetauscht werden wollen, tatsächlich ohne Druck zustande kamen - Anm. d. Übers.).

De.sputniknews.com: Ukrainische Ölarbeiter stehen Schlange für russische Pässe – Medien Gas- und Ölarbeiter in der Westukraine müssen bei den russischen Konsulaten lange Schlangen auf sich nehmen, um russische Pässe zu bekommen. Dies berichtet das Portal „Politnawigator“ unter Berufung auf den Politik-Experten Rostislaw Ischenko. Sie haben Angst, in der Heimat bald arbeitslos zu werden.

„In den 60er Jahren förderte man den größten Teil des sowjetischen Gases noch in der Ukraine. Dort befanden sich auch Universitäten, die die entsprechenden Spezialisten vorbereiteten“, so Ischenko. „Diese Menschen arbeiteten auch nach dem Zerfall der UdSSR in Tjumen (russische Stadt im Ural – Anm. d. Red.) im Schichtprinzip.“

Nun fürchten sie dem Politologen zufolge, dass die ukrainische Regierung „morgen die Grenze dicht und sie arbeitslos machen kann“. Dabei gehe es um bis zu 100.000 bis 150.000 Migranten mit Familienangehörigen.

Dem Experten zufolge emigrieren heute sogar mehr Menschen aus der Ukraine, als nach der Revolution 1917 das Russische Reich verließen.

„Damals wurde die Gesamtzahl von Auswanderern auf vier bis sechs Millionen geschätzt, während die Ukraine in den letzten drei Jahren etwa zehn Millionen Bürger verlor“, so Ischenko. Die meisten Ukrainer – etwa fünf Millionen – seien nach Russland umgezogen, die weiteren 1,5 Millionen – nach Polen. Die restlichen Emigranten sollen sich für andere Länder entschieden haben.

Zuvor hatte man in der Grenzschutzbehörde der Ukraine erklärt, dass 2016 mehr als zehn Millionen Ukrainer nach Polen gereist waren. Die Behörde gab jedoch nicht bekannt, mit welchem Ziel diese Menschen das Land verließen – ob für einen Job oder als Touristen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30043/66/300436643.jpg>

De.sputniknews.com: Dritter Jahrestag der Rehabilitierung: Krimtataren sichern Putin Unterstützung zu

Die Krimtataren haben Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Schreiben für die auf der Halbinsel geschaffenen Lebensbedingungen gedankt und seinem Kurs weitere Unterstützung zugesichert. Das Dokument fällt zeitlich mit dem dritten Jahrestag der Unterzeichnung des Erlasses über die Rehabilitierung der vertriebenen Krim-Völker zusammen.

„Nach der Verabschiedung des Erlasses haben die Krimtataren die Möglichkeit nicht nur für ihre Rehabilitierung, sondern auch für die Entwicklung ihres Volkes bekommen“, heißt es im Dokument, das der Agentur RIA Novosti vorliegt.

Als besonders bedeutsame Erfolge wurden demnach die Einrichtung der mehrheitlich von den Tataren besiedelten Orte sowie der Bau von Bildungsanstalten und Kulturobjekten

hervorgehoben.

Wie weiter aus dem Schreiben hervorgeht, gibt es auf der Krim auch eine krimtatarische Fernseh- Rundfunkanstalt. Geschaffen seien darüber hinaus günstige Bedingungen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der nationalen Identität, Sprache und der kulturellen Eigenständigkeit der Krimtataren.

„Die Vertreter der krimtatarischen Öffentlichkeit unterstützen Ihren politischen Kurs zur Umsetzung der staatlichen Nationalpolitik, die auf die Wahrung der ethnokonfessionellen Rechte und der bürgerlichen Geschlossenheit aller in Russland lebenden Völker abzielt, und sind bereit, ihm auch weiterhin zu folgen“, heißt es.

Zudem dankten die Krimtataren Putin für den Erlass über die Rehabilitierung, auf den sie ihren Worten zufolge 70 Jahre lang gewartet hätten.

Wie Saur Smirnow von der Krim-Regierung mitteilte, hatten Vertreter der krimtatarischen Kunst- und Kulturschaffenden sowie Geistliche das Dokument unterzeichnet.

Den Krimtataren und Vertretern von rund 20 anderen Nationalitäten war während des Großen Vaterländischen Krieges (1941-1945) Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht zur Last gelegt worden. Auf Befehl von Josef Stalin wurden sie von der Halbinsel deportiert. Am stärksten betroffen waren die Krimtataren: Rund 183.000 Menschen mussten ihr Zuhause verlassen.

Nach dem Krim-Referendum vom März 2014 wurde die Halbinsel in die Russische Föderation aufgenommen. Im April unterzeichnete Präsident Wladimir Putin einen Erlass über die Rehabilitierung der vertriebenen Völker der Krim. Derzeit sind etwa 260.000 Krimtataren auf der Halbinsel ansässig. Sie machen rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der Schwarzmeeralbinsel aus.



<https://cdn.de2.img.sputniknews.com/images/31541/12/315411291.jpg>

De.sputniknews.com: Moskau: Reuters-Vorwurf „bewussten Herunterspielens“ der Verluste in Syrien ist Lüge

Das russische Verteidigungsministerium hat den Artikel von Reuters, laut dem Russland seine Verluste im Kampf um das syrische Palmyra bewusst herunterspielt, als Lüge zurückgewiesen: Keine der in dem Artikel erwähnten Namen sind Namen von russischen Soldaten.

Reuters hatte am Dienstag berichtet, die Zahl der im Zeitraum vom 29. Januar bis Ende März bei Palmyra getöteten russischen Soldaten liege bereits bei 21. Das sei viermal so viel, wie die vom russischen Verteidigungsministerium angegebenen Zahlen. In dem Beitrag werden zudem konkrete Namen aufgezählt.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow bezeichnete den Reuters-Artikel als eine lügenhafte „Kompilation von Gerüchten“, die kurzerhand

gesammelt worden seien.

„Vor allem gibt es keine offiziellen Daten zu angeblichen ‚Verlusten bei den Kämpfen um Palmyra‘, sie wurden niemals veröffentlicht und existieren überhaupt nicht“, sagte Konaschenkow am Mittwoch. Daher sei der ganze Artikel der britischen Agentur Reuters nichts weiter als eine Sammlung von Buchstaben zur Rechtfertigung der eigenen Überschrift, so Konaschenkow weiter.

„Dabei stammt keiner der von Reuters erwähnten Namen von russischen Militärangehörigen“, betonte er.

Der Beitrag sei zudem bewusst verwirrend: Ein und derselbe Name tauche in dem Artikel mal als „Zeitsoldat“ und mal als vom russischen Verteidigungsministerium angeheuerter „Söldner“ auf.

Am 2. März hatten die syrischen Regierungstruppen die Kontrolle über Palmyra mit Unterstützung der russischen Luftwaffe wiedererlangt. Die antike Stadt war schon im Frühling 2016 von den Terroristen befreit, im Dezember jedoch wieder von den Islamisten zurückerobert worden.

Dan-news.info: „Durch den direkten Treffer eines Geschosses der ukrainischen Streitkräfte wurde im Winter ein Heizwerk in Donezk-Sewernyj vollständig zerstört. Es ist der Bau eines neuen Heizwerkes in diesem Bezirk geplant, weil ein Wiederaufbau des alten nicht sinnvoll ist. Die Arbeiten sollen zum Ende des Sommers abgeschlossen sein“, sagte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez in einer Pressekonferenz.

Er merkte an, dass der Bau des neuen Heizwerks im Rahmen der Vorbereitung für die Heizperiode 2017/2018 erfolgt. Außerdem haben die Mitarbeiter der kommunalen Dienste vor, 1103 Heizwerke, 2000km Heizleitungen, 183 Heizungspunkte zu kontrollieren, Reparaturen und Austausch von Kesseln vorzunehmen, Brennstoffvorräte anzulegen.

De.sputniknews.com: Lenin-Denkmäler erlangen russlandweite Unterstützung

Nur 14 Prozent der russischen Staatsbürger sind laut einer Umfrage für den Abbau der Lenin-Denkmäler in Russland. Diese sind nämlich von symbolischer Bedeutung für die Russen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Mittwoch.

Der Anteil der Russen, die die Rolle Lenins in der Geschichte positiv einschätzen, wächst jedes Jahr, wenn man die Ergebnisse einer entsprechenden Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum, die zum Geburtstag einer der Drahtzieher der Oktoberrevolution 1917 durchgeführt wurde (22. April), betrachtet. 2006 wurde seine Rolle von jeweils elf bzw. 29 Prozent als „völlig positiv“ bzw. „positiv“ bezeichnet, 2016 – von jeweils 13 bzw. 40 Prozent, bei der letzten Umfrage – 15 bzw. 41 Prozent. Laut 17 Prozent spielte Lenin eine eher negative Rolle in der Geschichte des Landes. Fünf Prozent meinen nun, sogar eine stark negative. 23 Prozent gaben keine Antwort.

Laut Historiker Andrej Petrow ist die wachsende Zahl der Russen, die der Ansicht sind, dass Lenin eine positive Rolle in der Geschichte spielte, eine ziemlich logische Tendenz. „In der Gesellschaft ist der Rückgang der Spannungen um die Ereignisse vor 100 Jahren zu erkennen. Lenin bleibt für die Menschen der Gründer der sowjetischen Periode der Geschichte, der erste Anführer des sowjetischen Staates“, sagte Petrow.

Zur Einschätzung der Rolle Lenins gaben 26 Prozent der Befragten an, dass das Gedenken zwar bleiben, doch niemand mehr seinen Weg gehen werde. 23 Prozent meinen, dass die Ideen Lenins von seinen Nachfolgern verfälscht worden seien. 19 Prozent gaben an, dass er die Menschen in eine lichte Zukunft führte. Laut 15 Prozent führte er das Land auf einen falschen Weg, was die Ursache vieler Misereen gewesen sei. Elf Prozent meinen, dass der Revolutionsführer in Bezug auf den Kommunismus einen Fehler machte. Sechs Prozent sind hingegen der Ansicht, dass die Ideen Lenins auch im nächsten Jahrhundert die Menschen auf ihrem Weg zu einem besseren Leben begleiten werden.

Für die Aufbewahrung des Leichnams Lenins im Mausoleum auf dem Roten Platz sprachen

sich 31 Prozent aus. „Jene, die Lenin im Mausoleum beibehalten wollen, sind immer in der Minderheit (2012 – 25 Prozent, 2006 – 38 Prozent). Die Frage besteht darin, wo er beerdigt werden soll“, sagte der stellvertretende Direktor des Lewada-Zentrums, Alexej Graschdankin. Für die Beerdigung auf einem Friedhof in Sankt Petersburg sprachen sich 26 Prozent aus, an der Kreml-Mauer 32 Prozent. „Am häufigsten sprechen die Befragten über die Beerdigung an der Kreml-Mauer, dies entspricht auch seiner Rolle in der Wahrnehmung der Russen. Die Menschen meinen, dass er eine große Rolle spielte, eine solche Beerdigung hebe seine symbolische Rolle hervor“, sagte Graschdankin. „Jetzt ist es nicht der Zeitpunkt, radikale Maßnahmen vorzuschlagen, die die Gesellschaft spalten“, sagte Petrow. Nach Angaben der Umfrage des Lewada-Zentrums sind nur vier Prozent der Befragten mit der Behauptung absolut einverstanden, dass die Lenin-Denkmäler abgerissen werden sollen. Zehn Prozent sind damit „eher einverstanden“. Gegen die Demontage der Lenin-Denkmäler sind 79 Prozent der Befragten, acht Prozent gaben keine Antwort. Laut Graschdankin verbessert sich in der letzten Zeit das Verhalten der Russen zu den Symbolen der sowjetischen Epoche.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31541/60/315416033.jpg>

Gefunden auf der Facebook-Seite der russischen Botschaft in Deutschland: Das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin lädt Interessenten ein, an der Ausschreibung für das Studium an Hochschulen der Russischen Föderation im Studienjahr 2017/2018 teilzunehmen.

Die Bewerbungsfrist ist bis zum 25. April 2017 verlängert!

<http://russisches-haus.de/de/russian/studium-in-russland>

**Abends:**

De.sputniknews.com: Jemenitischer Politiker: USA verlegen Extremisten aus Syrien und dem Irak nach Jemen

Die USA sind laut Pentagon-Chef James Mattis bereit, die Konfliktregelung im Jemen durch Verhandlungen zu fördern. Wie Mattis während seines ersten Besuches in Saudi-Arabien nach dem Amtsantritt gegenüber Reuters am Mittwoch mitteilte, kommen im Jemen weiterhin unschuldige Menschen ums Leben und dem müsse ein Ende gesetzt werden.

Am Dienstag hatte der Chef der regierenden Partei im Jemen „The General People's Congress“, Muhammad Anam, gegenüber der Agentur Sputnik geäußert, dass die USA ihre Hilfe für die internationale Koalition mit Saudi-Arabien an der Spitze verstärken würden, um die Situation im Jemen beeinflussen zu können. Zu demselben Zweck werden von den Amerikanern Extremisten aus Syrien und dem Irak abgezogen und nach Jemen verlegt.

„Amerika ist seit langem in den jemenitischen Konflikt involviert. Seit März 2015 leisten die USA militärische Unterstützung gegenüber Saudi-Arabien. Höchstwahrscheinlich ist der Beschuss von Zivilbürgern, dessen Opfer Frauen und Kinder geworden sind, zum offiziellen Anlass für die Involvierung Amerikas in den Konflikt geworden“, so Anam.

Offiziell sei zum Kampf gegen die Terroristen von „Al-Qaida“ und Daesh aufgerufen worden. Doch in der Tat unterstützen die USA diese Terroristen im Jemen genauso wie in Syrien und im Irak“, sagte Muhammad Anam weiter.

Saudi-Arabien sei ein Instrument in den Händen amerikanischer Politiker. Nur Jemeniten führen einen echten Kampf gegen die Terroristen, so Anam abschließend.

Ihm zufolge hat der US-Kongress Donald Trump und Abdrabbuh Mansour Hadi (Ex-Präsident von Jemen, der gegenwärtig im Jemen lebt) über die Folgen der Unterstützung von Saudi-Arabien in Kenntnis gesetzt und davor gewarnt. Eines der Ziele, Terrororganisationen zu gründen und zu unterstützen, seien Angriffe auf Russlands Interessen, so der jemenitische Politiker.

Seit 2014 dauert in Jemen ein Konflikt zwischen den schiitischen Huthi-Rebellen und Anhängern von Ex-Präsident Ali Abdallah Saleh auf der einen und den Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi treuen Regierungstruppen und Aufständischen auf der anderen Seite an. Die arabische Koalition unterstützt die Regierungstruppen auf dem Boden und in der Luft. Im Gegenzug beschießen die Huthi-Rebellen ständig an der Grenze liegende Regionen des Königreiches.

Gefunden auf der VKontakte-Seite der Volksmiliz von Novorossia: Eine schwierige Situation besteht auch weiterhin im Gebiet um den Donezker Flughafen. Dort hat die Volksmiliz der DVR heute einige schwächere Angriffe abgewehrt. Im Laufe des Tages haben Gruppen von 7-12 Mann versucht, Kämpfe anzuzetteln und die Soldaten des Donbass aus ihren Positionen zu verdrängen, mussten sich dann aber erfolglos zurückziehen....

Ukrinform: Russische Geheimdienste planen in den nächsten Wochen in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine künstliche Protestaktionen zur Schaffung eines negativen Images der Ukraine und zur Anstiftung der interethnischen Feindseligkeiten, erklärte auf einem Briefing in Kiew der Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Oleksandr Tkatschuk, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Nach unseren Informationen sind solche Protestaktionen in den Gebieten Charkiw, Cherson, Mykolajiw geplant, d.h., im Osten und Süden unseres Landes“, sagte Tkatschuk im Kommentar über den Versuch der russischen Geheimdienste, die Proteste gegen die „Unterdrückung der Bulgaren“ in Odessa zu imitieren.

Solche Provokationen sind Tkatschuk zufolge in den nächsten Wochen geplant: „Es gibt Informationen, dass einige von ihnen für die erste Maihälfte geplant“.

Im SBU hat man betont, es werden alle Anstrengungen unternommen, um die Abhaltung von solchen Aktionen zu verhindern. Der Sicherheitsdienst ruft auch die Bürgerinnen und Bürger auf, verantwortungsbewusst und wachsam zu sein und sich nicht in solche Provokationen verstricken zu lassen.

Rusvesna.su: Der SBU bereitet einen Informationsangriff auf die Armee der DVR vor  
Wie dem Portal „Russischer Frühling“ bekannt wurde, bereitet man von Seiten des SBU gegenwärtig einen Informationsangriff in den ukrainischen Massenmedien unter Beteiligung ehemaliger Angehöriger der Armee der DVR vor, mit dem Ziel der Diskreditierung der Republik mit Hilfe einer Lüge über angebliche Massendesertion von Soldaten....

Die vorliegenden Dokumente dazu stammen aus der Mailbox des Pressezentrams des „ATO“-Stabs, die von Aktivisten gehackt worden war.

Nach der Festnahme eines Mannes in Mariupol aufgrund von Alkoholmissbrauchs, der angeblich früher Dienst in der Volksmiliz der DVR tat, haben die Propagandisten des „ATO“-Stabes beschlossen, dass sie sich der Diskreditierung der Verteidiger der Volksrepublik widmen können, wovon in der Mail der gehackten Mailbox gesprochen wird:

„Ich berichte über die mögliche Verwendung des Gefangenen für die Medienberichterstattung bezüglich von Faktenschaffung über Massendesertion von Angehörigen der Terrororganisation ‚DVR‘ auf das von uns kontrollierte Gebiet, um Strafprozesse zu vermeiden“...

De.sputniknews.com: Baltikum im Brennpunkt: Nato übt Angriffe auf Russland

Die Nato hält in Europa Manöver ab, die eindeutig gegen Russland gerichtet sind. Die Übungen „Summer Shield 14“ finden diesmal in Lettland statt, schreibt die „Nesawissimaja Gasetā“ am Mittwoch.

Schaut man sich die Nato-Aktivitäten in Europa genauer an, wird deutlich, dass die zuvor angekündigte Verstärkung der Ostflanke in die praktische Phase übergegangen ist. Das gesamte Spektrum der modernen Kampfführung wird geübt. Wie der Pressedienst des lettischen Militärs berichtete, nehmen an „Summer Shield 14“ mehr als 1200 Soldaten teil — vor allem aus Lettland, Litauen, Estland, den USA, Kanada, Deutschland, Luxemburg, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Großbritannien und sogar dem neutralen Schweden. Bataillone und Brigaden sollen bei den Übungen ihre Kampffertigkeiten verbessern. Die in baltischen Ländern und Polen gebildeten Kampfataillone der Nato aus Soldaten verschiedener Nationen sollen das Zusammenwirken üben. Zum möglichen Gegner sagte Nato-General Salvatore Farina vor kurzem, dass die Kampfgruppen der Allianz an der Ostflanke einen Konflikt verhindern können, indem ein potentieller Aggressor aufgehalten wird. Die Nato hält Russland für einen Aggressor.

Ende der vergangenen Woche wurden aus den USA neueste Kampfjets der fünften Generation F-35A Lightning II zur Teilnahme an bevorstehenden Nato-Manövern nach Großbritannien verlegt. Diese Flugzeuge können mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden.

Der Pressedienst der estnischen Streitkräfte berichtete am Dienstag vom Beginn der Trainingsflüge der Eurofighter-Kampfjets (vierte Generation) aus Deutschland im Luftraum des Landes. Sie sind auf dem Stützpunkt Ämari stationiert, der nur 335 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt ist.

Der Luftraum der baltischen Länder wird jetzt neben den in Ämari stationierten deutschen Flugzeugen auch von leichten F-16-Jets (vierte Generation) der niederländischen Luftstreitkräfte überwacht. Diese Flugzeuge sind im litauischen Šiauliai stationiert, nicht weit von der russischen Grenze. Im Unterschied zu den Eurofightern können sie taktische Atomwaffen tragen.

Dass bei den Nato-Manövern Kampfhandlungen trainiert werden, ist anscheinend auf soziale Widersprüche wegen des Faktors der russischsprachigen Bevölkerung zurückzuführen. Die russischsprachige Bevölkerung wird in Lettland und anderen baltischen Ländern als gewisser negativer Faktor wahrgenommen. Viele westliche Politiker äußerten die Befürchtung, dass Russland in den baltischen Republiken das Krim-Szenario wiederholen könnte. Medien berichteten bereits, dass deutsche Personalagenturen Ende März nach russischsprachigen Statisten zur Teilnahme an Militärübungen suchten, die demnächst auf

dem US-Militärgelände Hohenfels in Bayern stattfinden sollen.

„Russischsprachige Teilnehmer konkreter Militärübungen werden anscheinend von der Nato-Führung zum Einstudieren neuer Methoden der Führung eines Hybrid-Kriegs benötigt“, sagte der Militärexperte Juri Netkatschew. „Ähnliche Übungen in den USA und in anderen Nato-Ländern werden erweitert. Dabei ist der Einsatz von neuen physischen, biologischen und anderen Mitteln nicht ausgeschlossen, die die Psyche und das Verhalten des Menschen beeinflussen. Es wird nicht schwierig sein, sie beispielsweise in Lettland zu organisieren“, so der Experte.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31063/40/310634008.jpg>